



Rundbrief Mongolei Dez. 2017

Der Widerstand in Ulanbadrakh gegen den Uranabbau durch AREVA geht weiter

Im November erreichte uns ein Video, das zeigt, wie die Viehhalter in Ulanbadrakh (Ostgobi) einen Bohrtrupp verjagten, der im Auftrag von AREVA eine neue Tiefbohrung für das In-Situ-Leaching von Uran niederbringen wollte. Der Film zeigt die erregte Auseinandersetzung zwischen dem Bohrtrupp und den Nomaden, die erneut missgebildete Innereien ihrer Weidetiere zeigten, die sie auf diese Bohrungen zurückführen. Unterstützt werden die Nomaden dabei von Mitgliedern der Umweltschutzorganisation Delhiin Mongol Nongonn Negdel (Vereinte mongolische grüne Bewegung).



Wir haben hier mehrfach über diese Auseinandersetzungen berichtet. Seitdem AREVA mit Probebohrungen in dieser Gemeinde in der Ostgobi begonnen hat, sind dort eine Vielzahl von Miss- und Totgeburten bei Weidetieren aufgetreten. Die Milch der Tiere dort kann nicht mehr vermarktet werden und den Viehhaltern wird empfohlen, keine Innereien mehr zu essen. Schwangeren Frauen mit irgendeinem Indiz einer Risikoschwangerschaft wird zur Abtreibung geraten. Die Behörden verneinen aber penetrant irgendeinen Zusammenhang dieser Vorkommnisse und Maßnahmen mit den Uranbohrungen von AREVA. Dabei gibt es mehrere handfeste Indizien, wie diese zustande kommen:

- Das Tailing, in dem die nicht verwertbaren Rückstände des in-Situ-Leachings gesammelt werden, ist nicht – wie es Stand der Technik wäre – immer von Wasser bedeckt. Dies hat zur Folge, dass die giftigen Materialien (nicht nur radioaktive Substanzen) vom Wind in einer Abluftfahne über die Gobi verblasen werden, an Pflanzen als Staubschicht anhaften und von den Weidetieren gefressen werden. Dafür spricht auch, dass die betroffenen Tiere südöstlich des Tailings gefunden wurden, und der Wind dort überwiegend aus Nordwesten weht. Die diagnostizierten übergroßen Lungen bei den Kamelen lassen auf eine Selenvergiftung schließen, die so entstanden sein kann. In der einzigen amtlichen Studie zu den verendeten Tieren wird auch Selen als mögliche Ursache benannt.
- Fotos zeigen, dass die Bohrstellen nicht vollständig gegen das Austreten von Flüssigkeit abgedichtet sind. Beim In-Situ-Leaching wird Schwefelsäure und andere Chemikalien in den Boden gepresst, um das Uranerz aus dem Sandstein zu lösen. Das so gelöste Erz



Rundbrief Mongolei Dez. 2017

wird dann an die Oberfläche gepumpt. An undichten Bohrstellen versucht dann das Weidevieh, seinen Durst zu stillen und wird vergiftet.

- Hinzu kommt noch das generelle Risiko bei diesem Förderverfahren, dass die angeblich wasserdichte „Blase“, in der das Leaching stattfinden soll, so dicht auch nicht ist, beim Bohren selbst Lecks erzeugt werden etc. Dadurch wird Grundwasser, das um diese „Blase“ herum fließt, mit dem gelösten Uranerz und weiteren giftigen Substanzen kontaminiert.

Den Film können Facebook-Mitglieder unter folgendem Link anschauen:

https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=2050040595258345&tid=100007572735640&tpnref=story

Leider können hier nur Facebook-Mitglieder den Film sehen.
(Internet-Experten wissen, wie man den Film dennoch herunterladen kann)

Eine grobe Übersetzung dessen, was in dem Film gesagt wird, wurde uns zur Verfügung gestellt. Wenn dabei an einer Stelle von KOGEGOBI die Rede ist, dann ist dies AREVA. AREVA war früher auch in Frankreich Teil einer „Compagnie Générale des Matières Nucléaires“. Im Mongolischen gibt es den Buchstaben „c“ nicht, also wird daraus ein „K“: „Kompanie Generale de Gobi“ – KOGEGOBI:

1. Der Nomade in blauen Deel: Wir Viehzüchter kämpfen seit 2010 gegen den Uranabbau.
2. Der ältere Mann Avirmed: KOGEGOBI vernichtet unsere Weide und das Wasser. Es gibt keine Weide für die Tiere mehr. Wenn wir Tiere schlachten, entsorgen wir die inneren Organe und verzehren nur das Fleisch. Wir wissen nicht, ob das Fleisch vergiftet ist oder nicht
3. Enk-Amgalan (im roten Deel): Die Weideplätze sind zerstört. Hier zeige ich eine Lunge, die mit Eiter gefüllt und zu den Rippen gedrückt und verklebt ist. Das können wir doch nicht essen. Der Leber der Tiere ist meistens stellenweise weiß gefärbt. Die Lungenerkrankungen haben die meisten Ziegen betroffen, die dann meistens sterben. Wir Nomaden wollen keinen Uranabbau hier. Von der Verwaltung gibt es kein Bescheid, keine Unterstützung für uns. Wir sind die Geschädigten hier.
4. Gombodorj (im grünen Deel): Das ist das Problem, aber es gibt hier keine Verantwortlichen dafür. Wir zeigen, was drin ist: Wasser in der Lunge.
5. Mitarbeiter der Firma „Urandrilling“ (Urandrilling hat den Bohrauftrag von AREVA)
6. Beejin (Umweltaktivist) fragt nach der Sondergenehmigung zum Bohren und nach Lizenzen. Der Mitarbeiter Urandrilling antwortet, dass die Lizenzen Areva Mines gehören.
7. Beejin fragt, ob er die Bohrgenehmigung jetzt zeigen kann. Er fragt auch nach der Feldnummer.
8. Der Mitarbeiter von Urandrilling verweist Beejin an den Lizenzinhaber (AREVA).
9. Beejin: Ihr müsst einen Vertrag mit AREVA abgeschlossen zu haben, in dem die genaue Bohrstellen dokumentiert sind. Kennst du nicht den Feldnamen, die Du bohren wirst?
10. Ein Mitarbeiter von Urandrilling: „Wer bist du, dass du uns kontrollieren willst“ und schlägt ihn.
11. Nomaden: „Wenn du uns nichts zeigen kannst, Dann bist Du ein Dieb.“
12. Eine Frau in brauner Jacke, heller Mütze und Brille (wahrscheinlich aus der Verwaltung oder direkt von AREVA) behauptet, dass die Aktivisten im Auftrag der Nomaden handeln, und dass die Nomaden dafür bezahlen. Die Nomaden sind richtig wütend geworden. Pansalmaa schreit den Vertreter der Bürger der Gemeinde, Herrn Bold an,

Rundbrief Mongolei Dez. 2017



dass sie ihm so viele Jahre vertraut hat, er aber habe die Bürger verraten. Hr. Bold sagt, ich höre, ich höre..

13. Es folgt der Abbau des Camps von Urandrilling

14. Die Viehhalter rufen „AREVA raus“

Permanente Regierungskrise – der Oligarchie geht das Personal aus

Das politische System der Mongolei wird – so sagen es Kenner – von 30 Familienclans beherrscht, die sich das ehemalige Volkseigentum nach der Wende unter den Nagel reißen konnten. Zum größten Teil sind dies Personen aus der ehemaligen sozialistischen Nomenklatura. Politisch organisiert ist diese Oligarchie im wesentlichen in den beiden Parteien „Demokratische Partei“ (DP) und „Mongolische Volkspartei“ (MVP). Letztere ist vor allem auf dem Land vertreten, die DP mehr in der Stadt. Dieses politische System wird „MANAN“ genannt.

Mit schöner Regelmäßigkeit haben sich diese beiden Parteien die Macht geteilt. Aufgrund des extremen Mehrheitswahlrechts in der Mongolei haben inhaltlich oppositionelle Parteien nahezu keine Chance auf eine Vertretung im Parlament. Das Parlament muss sich die Macht allerdings mit dem Präsidenten teilen, der mehr Macht besitzt als der rein repräsentative Bundespräsident in Deutschland. In der Mongolei genießt das Staatsoberhaupt eine Machtfülle, die über präsidiale Verpflichtungen auf dem nationalen und internationalen Parkett hinausgeht. Er kann Gesetzentwürfe einbringen und jene der Regierung blockieren. Die Legislative benötigt in solch einem Fall eine Zweidrittelmehrheit, um das Staatsoberhaupt wieder zu überstimmen. Diese Mehrheit ist aber derzeit – sofern die MVP-Fraktion sich einig ist – jederzeit gegeben.

Kritiker dieses Systems betonen, dass nicht nur infolge des extremen Mehrheitswahlrechts keine demokratische Vertretung aller gesellschaftlichen Strömungen im Parlament gegeben sei; sie kritisieren auch, dass bei wechselnd 15 – 20 Ministern (derzeit 16) die Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative nicht gegeben sei, da die Minister in aller Regel auch Parlamentsabgeordnete seien und damit etwa 20-25% der Parlamentarier sich selbst kontrollierten. Diese Doppelrolle wird in der Mongolei als „doppelter Deel“ (zwei





Rundbrief Mongolei Dez. 2017

Mäntel) bezeichnet (Ein Verbot, dass Abgeordnete gleichzeitig Minister sein können, wurde 1998 aus der Verfassung gestrichen.).

Dieses System führt aber auch dazu, dass über die Wahlen der Zugang zu Reichtum und effektiver Macht in der mongolischen Gesellschaft geregelt wird. Es ist ein sehr abgeschlossener Verbund von Familien, der so die Geschicke dieses Lands lenkt.

Bisher hat dieses System alle sozialen Unruhen überstanden. Zuletzt konnten die Unruhen Ende 2014 durch den Austausch des Ministerpräsidenten beruhigt werden. Damals hatten Unruhen unter der Landbevölkerung wie auch der armen Teile der städtischen Bevölkerung für eine tiefe Regierungskrise gesorgt. Bei den Wahlen 2016 kam es dann zu einem erdrutschartigen Ergebnis bei den Parlamentswahlen, das der bis dahin oppositionellen MVP eine satte Dreiviertel-Mehrheit einbrachte, während der Großteil der bisherigen Abgeordneten der DP sich aus dem Parlament verabschieden mussten.

Doch die Probleme blieben auch unter der neuen Regierung dieselben. Ende 2016 musste die Regierung die Pleite eingestehen. Der Staatsbankrott wurde im Frühjahr 2017 durch einen Kredit der Weltbank und weitere milliardenschwere Kredite der übrigen Gläubiger gerade noch abgewendet. Als Preis wurde das übliche Programm des IWF und der Weltbank verlangt: Abbau des Sozialstaats (von dem in der Mongolei fast nichts übrig ist), Deregulierung der Märkte und (verklusuliert) der freie Zugriff des internationalen Kapitals auf den Reichtum der Mongolei. Und damit sind vor allem die Rohstoffe gemeint.

Als eine der folgenreichsten Maßnahmen wurde in vorseilendem Gehorsam das „Gesetz mit dem langen Namen“ so weit zusammengestrichen, dass davon fast nichts mehr übrig blieb. Das Gesetz hatte in etwa 30% der mongolischen Fläche vor Bergbau geschützt, indem Quellgebiete von Flüssen, die Flussufer und die Wälder von Bergbau verschont bleiben sollten. Dieses Gesetz war nach langen Kämpfen der Landbevölkerung 2006 eingebracht und 2008 verabschiedet worden. Um seine Umsetzung und gegen die – gelinde gesagt – laxen Kontrolle seiner Einhaltung hat es bis zum Herbst 2013 militante Auseinandersetzungen gegeben. Für die Regierungskrise war die Wut der Landbevölkerung ein wesentlicher Auslöser gewesen.

Im Sommer 2017 brachte dann die Wahl des Präsidenten (bisher Demokratische Partei) der regierenden MVP eine herbe Schlappe: Als Quittung für die desaströse Politik der Regierung wurde der Kandidat der Opposition Chaltmaagiin Battulga gewählt.

Battulga als Vertreter der Demokratischen Partei sieht sich einer übergroßen Mehrheit im Parlament gegenüber, das fast völlig in der Hand der MVP ist. So wurde der Haushalt 2018 Anfang Dezember 2017 gleich zweimal durch sein Veto zurück ans Parlament verwiesen, das sich aber unnachgiebig zeigt. Es wird spannend, wie lange Battulga diese Situation noch aushalten kann.

Die Präsidentenwahl – Schlammenschlacht mit sehr knappen Ausgang

Die Wahl des Staatspräsidenten geriet zu einer wahren Schlammenschlacht, die erst in einer Stichwahl entschieden wurde, bei der Battulga von der DP mit 50,6% ganz knapp die erforderliche Mehrheit gegen den Kandidaten der MVP, Miyegombo Enkhbold, bekam. In der ersten Runde war Battulga mit 38% als mit deutlich den meisten Stimmen, aber



Rundbrief Mongolei Dez. 2017

ohne absolute Mehrheit, hervorgegangen. Miyegombo Enkhbold von der MDP hatte nur mit 2000 Stimmen Vorsprung vor dem Kandidaten der parlamentarisch unbedeutenden MRVP (Mongolische Revolutionäre Volkspartei), Sainkhoo Ganbaatar, in die zweite Runde geschafft.

Alle drei Kandidaten waren in Korruption verwickelt: Battulga von der DP hatte als Minister zwei große Projekte (Ein Industriepark und eine Eisenbahnlinie) mit Millionen Dollar Verlust für die Staatskasse „versenkt“. Die Antikorruptionsbehörde ermittelte gegen ihn und nahm einige seiner Mitarbeiter in Haft. Er wehrte sich, dies alles sei eine „internationale Verschwörung“ gegen die Mongolei. Battulga gilt seit langem als ein Kritiker der starken Bindung der Mongolei an China. Bei dem Eisenbahnprojekt ging es damals auch um die Frage, ob die Rohstoffbahnen der Mongolei in internationaler (auch in China üblichen Spurweite) oder in der russischen Spurweite gebaut werden sollten. Sie werden – wenn überhaupt – in internationaler Spurweite gebaut werden.

Enkhbold – ehemaliger Bürgermeister von Ulanbaatar – wird seit langem vorgeworfen, in illegale Grundstücksgeschäfte verwickelt zu sein, der sein Vermögen durch Unterschlagung öffentlicher Gelder erworben habe. Ganbaatar als unabhängiger Kandidat der MRVP wurde beschuldigt, illegale Wahlkampfunterstützung aus dem Ausland angenommen zu haben. Die Polizei nahm die Ermittlungen auf. Ganbaatar war ohnehin nur die zweite Wahl für die MRVP, nachdem ihr erster Kandidat Enkhbayar Nambaryn-Ochirbat sich wegen seiner korrupten Vergangenheit hatte zurückziehen müssen. Enkhbayar war wegen seiner korrupten Vergangenheit 2012 zur vier Jahren Gefängnis verurteilt worden (zu Enkhbayar Nambaryn-Ochirbat siehe unseren letzten Rundbrief).

Im Wahlkampf zog Battulga alle nationalistischen und rassistischen Register, indem er Enkhbold als keinen „echten“ Mongolen, sondern halben Chinesen bezeichnete. Umgekehrt zog die MVP eine „heimliche Ehe“ Battulgas mit einer Russin aus der Tasche. Die DP warf der MVP ohne Beweise Wahlbetrug in der Vergangenheit und den Verkauf von Ämtern vor. Die MRVP ihrerseits beschuldigte die DP und MVP, eben das System der Oligarchen zu bilden, die den Reichtum der Mongolei an das internationale Kapital verschenke.

Kurz vor der Stichwahl überboten sich die beiden Parteien in großspurigen Ankündigungen (den Kandidaten sind Wahlversprechen nicht erlaubt): Die DP Battulgas versprach den nationalen Schuldenerlass. Zur Finanzierung versprach sie jedem Bürger Anteile an Tavan Tolgoi. Umgekehrt versprach die MVP, Aktien an der Kupfermine ERDENET zu verteilen und das Kindergeld anzuheben.

Zum ersten Mal in der Geschichte der modernen Mongolei formierte sich in dieser Wahl eine relevante Protestbewegung, die mit dem Slogan „Weisse Wahl“ (Tsagaan Songolt Hiitsgeey) dafür plädierte, leere Stimmzettel abzugeben. Während diese Bewegung noch im ersten Wahlgang bei einer Wahlbeteiligung von 68% mit 1,5% relativ unbedeutend blieb, erzielte sie im zweiten Wahlgang immerhin etwa 8%. Dabei wurde diese Bewegung massiv vom ausgeschiedenen Kandidaten der MRVP unterstützt. Hätten nur wenig mehr Wähler einen weißen Stimmzettel abgegeben, hätte Battulga nicht die erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht und die gesamte Wahl hätte für ungültig erklärt werden müssen. Auch wenn wesentlich die MRVP diese Stimmenthaltung befeuert hat, ist sie doch Ausdruck einer tiefen Unzufriedenheit der Mongolen mit ihrem politischen System.





Rundbrief Mongolei Dez. 2017

Auch möchte ich die Meinung der Landwirtschaftsexperten darüber hören, warum wir nicht 30 Prozent der Kaschmirprodukte in der Welt herstellen können? Warum werden auf die Einfuhr von Kaschmirprodukten aus Japan keine Zölle erhoben?

Battulga stellte ähnliche Fragen an die Wissenschaftler und fehlende Forschungen zum Eisenbahnverkehr, zur Jagdwirtschaft („Ein vergessener Wirtschaftszweig“), zum Gesundheitswesen, zur Energiewirtschaft, zum Bergbau etc. und kritisierte die Regierung dafür, das Können und das Wissen der Forscher nicht genügend einzubeziehen. Warum gibt es im Staatlichen Fernsehen nicht an jedem Tag eine „Stunde der Wissenschaft“?

An anderer Stelle wird Battulga wie folgt zitiert:

„Wir haben seit genug gelitten unter Korruption in den 27 Jahren seit dem Übergang zur Demokratie. Leider haben die, die an der Macht sind, keine Absicht, gegen die Korruption zu kämpfen. Sie benutzen sie lieber für ihre eigenen politischen Interessen. Den größten Anteil an der steigenden Korruption haben die Bergbauindustrie, die Lizenzen für den Bergbau sowie das umlaufende Geld. Allein bis zum 17. November 2017 hat die Mongolei 65,3 Milliarden Tugrik durch Politiker verloren.“

Insbesondere die Mongolische Antikorruptionsbehörde wurde von ihm aufs Korn genommen: Sie sei ein Werkzeug in der Hand von Politikern und keineswegs höhere Gewalt.

<https://www.news.mn/?id=266439>

Doch Battulga ist keineswegs einer, der von außerhalb der Oligarchie kommt, im Gegenteil, er ist Teil des Systems und wurde in einer Stichwahl im Juli 2017 mit knapper Mehrheit zum Staatspräsidenten gewählt. Davor war er seit 2004 Parlamentsmitglied für die Demokratische Partei, und von 2008 bis 2012 Minister für Straßen, Transport, Konstruktion und Stadtentwicklung. Battulga kommt aus ärmlichen Verhältnissen und profitierte vom Bildungssystem der Volksrepublik, das ihm eine bessere Bildung verschaffte. Nach der Wende machte er sich mit einer Näherei selbständig und produzierte Jeans auch für den Export. Mit angeblich 600 Dollar Kapital aus dieser Näherei startete er dann seinen Aufstieg: Als Fan des Films „Der Pate“ nannte er seine später gegründete Firma für Elektronikartikel „GENCO“ in Erinnerung an die erste Scheinfirma des Corleone-Mafia-Clans „Genco Pura Olive Oil Company“. Seinen großen Reichtum erwarb Battulga dann zwischen 1997 und 1999 während der Privatisierungskampagnen: Anteile an Staatsbetrieben wie dem Bayangol-Hotel und der Fleisch-Fabrik Makh-Impex (Fleisch Im- und Export). In den 1990ern gründete die Genco Group das erste Taxiunternehmen in der Mongolei (City Taxi), eine Einzelhandelskette Sapporo, eine Lotterie, Restaurants und Nachtclubs sowie die Mühlen- und Bäckerei-Firma Talkh Chikher LLC (Brot- und Zucker GmbH).

Über ihn schrieb die „Neue Züricher Zeitung“ (NZZ) anlässlich seiner Wahl:

„Allerdings genießt auch der neue Präsident Battulga bei seinen Landsleuten keinen guten Ruf. Vielmehr gilt er als schillernde Figur, der in seinem Leben schon diverse Projekte angestossen hat und als Geschäftsmann Unsummen verdient haben soll. Während seiner Zeit als Minister für Industrie und Landwirtschaft 2012 und 2014 sollen für einen Industriepark und ein Eisenbahnprojekt viele Millionen geflossen sein, obwohl beide Vorhaben nie realisiert worden sind. Einige seiner damaligen Weggefährten wurden verurteilt und sitzen inzwischen im Gefängnis.“



Rundbrief Mongolei Dez. 2017

und weiter:

„Besonders heikel ist der Umstand, dass der Präsident den führenden Kopf jener Behörde ernannt, die den wichtigen Kampf gegen Korruption führt. Der Politologe Dierkes von University of British Columbia hatte auch schon geurteilt, mit Battulga mache man wegen dessen undurchsichtigen Vergangenen den Bock zum Gärtner.“

Mit seiner Klage gegen die korrupten Verhältnisse der Mongolei tritt er in die Fußstapfen seines Vorgängers Tsachiagiin Elbegdordsch (Demokratische Partei), der sich – ohne jede Wirkung – auch als Anwalt einer korruptionsfreien Mongolei in der Öffentlichkeit dargestellt hat.

Der unaufgeklärte Mord an Sanjasuuren Zorig

Seit nahezu 20 Jahren nicht aufgeklärt ist der Fall des ehemaligen Abgeordneten Sanjasuuren Zorig, der am 2.10.1998 mitten im Wahlkampf ermordet wurde. Zorig gehörte in der Wende zu den wichtigsten Aktivisten der Demokratiebewegung. Eine Gedenkstätte für ihn steht im Park gegenüber der Hauptpost an der Friedensallee. Wie kaum ein anderer steht er für den friedlichen Übergang der Mongolei von einer Volksrepublik in eine kapitalistische Demokratie. Bei den Wahlen damals hatte die dann siegreiche Mongolische Revolutionäre Volkspartei (MRVP; Ex-Staatspartei der Volksdemokratie) auch mit dem Versprechen gewonnen, sie würde den Mord an Zorig aufklären.

Schon früh hatte Zorig das Tempo des Wandels kritisiert. Fast prophetisch sah er voraus, dass von diesem Wandel nur wenige profitieren würden, während ein immer größerer Teil der mongolischen Bevölkerung in Armut versinke. Zorig wird in der mongolischen Bevölkerung in ehrendem Andenken behalten. Er gilt als die „Goldene Schwalbe der Mongolei“, als einer, der für die Bevölkerung eintreten wollte, und der deshalb ermordet wurde.

Zum Fall Zorig gibt es mittlerweile gut ein Dutzend Theorien. So soll seine Ehefrau darin verwickelt sein, Geheimdienste, oder auch politische Konkurrenten. Allen Theorien gemeinsam ist, dass Zorig wegen seiner aufrechten Haltung in der neuen Oligarchie der Mongolei sehr viele Feinde hatte.

2016 wurden schließlich drei Männer wegen der Tat zu Freiheitsstrafen von jeweils über 20 Jahren verurteilt. Die Verhandlung war nicht öffentlich. Es ist nicht bekannt, ob sie ihren Auftraggeber in diesem Verfahren genannt hatten. Wesentliche Papiere zum Fall Zorig, die gerichtlichen Akten, Verhörprotokolle etc. sind nach wie vor unter Verschluss.

Am 1. Dezember erklärte der amtierende Justiz- und Innenminister, Ts. Nyamdorj, dass nun 14.926 Seiten der Akten freigegeben würden und nur 76 Seiten weiterhin unter Verschluss blieben. Pech nur für Ts. Nyamdorj, dass eben diese Akten schon neun Monate vorher vom Geheimdienstchef Bat Khurts freigegeben worden waren.

<https://www.news.mn/?id=266052>

Die mysteriöse Rolle des Geheimdienst-Chefs Bat Khurts im Fall Zorig

Im Jahr 2011 gingen merkwürdige Meldungen durch die deutsche Presse. Der bis vor wenigen Wochen noch Chef des mongolischen Geheimdienstes (GIA), Bat Khurts, wur-





Rundbrief Mongolei Dez. 2017

de von Großbritannien an die Bundesrepublik ausgeliefert. Er wurde beschuldigt, einen mongolischen Staatsangehörigen in Deutschland verschleppt zu haben, denselben dann in der mongolischen Botschaft in Berlin gefoltert zu haben und schließlich – unter Drogen gesetzt – als angeblich erkrankten Botschaftsangehörigen ohne Kontrolle in ein Flugzeug und nach Ulan Baatar verschleppt zu haben.

Bat Khurts, damals Mitarbeiter des mongolischen Geheimdienstes an der Botschaft in Bukarest, hatte im Mai 2003 in Le Havre einen des Mordes an Zorig verdächtigen Mann, Enkhbat Damiran, entführt und in die mongolische Botschaft nach Berlin verschleppt. Nach seiner Verschleppung in die Mongolei (aus der war er Jahre zuvor geflohen aus Angst vor Verfolgung und hatte in Frankreich einen Asylantrag gestellt) wurde gegen ihn keine Anklage erhoben. Wenige Tage nach seiner Entlassung im Jahr 2006 starb Enkhbat Damiran.

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-80818227.html>.

Die Verhöre aus dem Jahr 2003, in denen er auch von Folter und Scheinhinrichtungen berichtete (er sollte den Mord gestehen) wurden von seinem Verteidiger Lodoisambuu Sanjaasuren mit einer versteckten Kamera aufgezeichnet und in dem mongolischen Privatsender Kanal 25 ausgestrahlt.

Enkhbat Damiran wurde nicht wegen des Mordes angeklagt, sondern wegen „Verrats von Staatsgeheimnissen“ (Grundlage war die Fernsehsendung) zu drei Jahren Haft verurteilt.

Der Entführung 2003 führte zu einem britischen und einem deutschen Haftbefehl gegen Bat Khurts, der 2011 in Großbritannien vollstreckt wurde, als dieser – mittlerweile Geheimdienstchef und angeblich mit einem Diplomatenpass ausgestattet – zu einer Konferenz einreiste. Es kam zu diplomatischen Verwicklungen, infolge derer Großbritannien den Fall wie eine heiße Kartoffel an die Bundesrepublik weiterreichte. Kurz vor dem Besuch von Kanzlerin Merkel in der Mongolei im Jahr 2011 wurde dann das Verfahren gegen Bat Khurts eingestellt und er auf freien Fuß gesetzt.

Vor seinem Posten als Geheimdienstchef war er Chef des Exekutivkomitees der nationalen Sicherheitsrates und davor – ein Schelm, wer böses dabei denkt – Chef der unabhängigen Behörde gegen Korruption (ATG).

Derzeit bewirbt sich Bat Khurts für den Posten des mongolischen Botschafters in Südkorea. Die Regierung hatte seiner Ernennung schon zugestimmt, aber 21 Abgeordnete bestanden auf einer Anhörung, ob es bei dieser Ernennung mit rechten Dingen zugegangen sei.

<https://www.pressreader.com/mongolia/the-ub-post/20171117/281479276708063>

Dschingis Bonds: Zentralbankchef gegen Kautionsfreigabe

Gegen Kautionsauflagen wieder freigelassen wurde im November 2017 nach wenigen Tagen der ehemalige Direktor der Nationalbank, N. Zoljargal. Die Staatsanwaltschaft erhob keine Anklage gegen ihn.





Rundbrief Mongolei Dez. 2017

Insgesamt sind dies Anleihen über 4,4 Milliarden USD, die bis 2024 zurückgezahlt werden (oder in weiteren Schneeballsystemen verlängert werden müssen):

1,5 Milliarden im Jahr 2018, 500 Millionen im Jahr 2021, 1 Milliarde im Jahr 2022, 800 Millionen im Jahr 2023 und 600 Millionen im Jahr 2024.

Eine mongolische Staatsanleihe wird von CAPITAL mit einer Rendite von 16% für die Restlaufzeit von zwei Jahren beworben: „So bietet etwa eine mongolische Staatsanleihe mit zwei Jahren Restlaufzeit derzeit eine Rendite von 16 Prozent.“ (Quelle: <https://www.capital.de/geld-versicherungen/frontier-markets-locken-mit-hohen-renditen-3930>)

Korruption im Detail: Der Fall des ehemaligen Ministerpräsidenten Bayar Sanj.

Die Enthüllungen der Panama Papers 2016 haben in der Mongolei eine Reihe von Journalisten veranlasst, den Fall des ehemaligen Ministerpräsidenten Sandschaagiin Bayar (damals MRVP; November 2007 bis Oktober 2009) aufzurollen. Sandschaagiin Bayar trat angeblich aus gesundheitlichen Gründen zurück. Damaliger Generalsekretär der MRVP war der heutige Ministerpräsident Uchnaagiin Chürelsüch (heute MVP, die aus der MRVP hervorging).

Wer den verwirrenden Fall im Detail nachvollziehen will, kann dies auf youtube tun. Der Film hat englische Untertitel:

<https://www.youtube.com/watch?v=BuECW63J36A&feature=youtu.be>

Vordergründig geht es dabei um die wundersame Vermehrung des Immobilienbesitzes von Bayar Sanj. (so wird sein Name normalerweise abgekürzt). Insgesamt hat er bzw. haben seine zwei Töchter und seine Ex- und seine aktuelle Ehefrau seit seiner Zeit als Ministerpräsident insgesamt sieben teure Immobilien im Gesamtwert von 11 Millionen USD in Seattle und New York „erworben“, wobei für einige nachgewiesen ist, dass sie „Geschenke“ waren von Davaanyam Choindam, einem der großen Anteilseigner an Tavan Tolgoi, sowie der Oligarchin Oyungerel Janchiv, ebenfalls Anteilseignerin an Tavan Tolgoi und Direktorin von PETROVIS. Die letzte dieser Immobilien wurde am 13.12.2013 erworben.

Diese Vermögenswerte tauchen in keiner zugänglichen Vermögenserklärung oder Einkommenserklärung von Bayar auf, obwohl er als Person der Öffentlichkeit auch die finanziellen Engagements seiner Familie hätte offenlegen müssen.

Seine beiden Ehefrauen wie auch seine beiden Töchter haben – so die Auswertung der Panamapapiere – ein Vielzahl von Gesellschaften ohne erkennbare Geschäftstätigkeit betrieben, die alle relativ kurzlebig waren:

- 28.2.2014: LINNOCK Holding group Virgin Islands; erloschen am 31. Oktober 2015
- 13.8.2013: Gold Wellen INC, Virgin Island; erloschen am 30.4.2016
- 26.12.2012: GUNDELL, USA; erloschen am 31.12.2013
- 26.12.2012: NEBO, USA; Einstellung am 29.6.2017; erlischt am 31.12.2017
- 26.12.2012: VODA, USA; Einstellung am 29.6.2017; erlischt am 31.12.2017



